



## ZENTRAL AUSSCHUSS

der Personalvertretung  
für LandeslehrerInnen an  
allgem. bildenden Pflichtschulen  
in Vorarlberg

---

Bregenz, 11. Juni 2021

### **Belastungsgrenzen sind erreicht und vielerorts auch überschritten**

Der kürzlich erfolgte Suizid einer Kollegin, die sich unter anderem auch den stark zunehmenden Anforderungen des Schulalltags nicht mehr gewachsen sah, muss mehr als ein Alarmzeichen für die Vorarlberger Schullandschaft sein. Vermehrt wenden sich SchulleiterInnen und LehrerInnen, aber auch Eltern mit einem eindringlichen Hilferuf an die Personalvertretung.

Seit Jahren verlangt der Zentralausschuss eine Verbesserung in der Vorarlberger Schullandschaft. Schön ausformulierte Konzepte des Landtages bzw. der Landesregierung, wie zum Beispiel der Ausbau der Ganztagesklassen, landen meist in den Schubladen und haben nie das Landhaus verlassen.

So ist im Regierungsprogramm auf S. 9 u.a. zu lesen, dass Volksschulen in ihren Aufgaben, den Kindern die Grundkompetenzen in den Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen zu vermitteln, konsequent unterstützt werden sollen.

Geschehen ist genau das Gegenteil. Noch mehr administrative Belastungen für DirektorInnen und LehrerInnen, noch mehr verpflichtende Überstunden der KollegInnen. Die Folgen davon sind, dass die Praxen von Psychiatern, Psychotherapeuten und SupervisorInnen sprichwörtlich von LehrerInnen gestürmt werden.

Daneben wurden neue Systeme implementiert, bei denen fraglich ist, ob die psychosoziale Hilfestellung der SchülerInnen, wie sie im System der BeratungslehrerInnen stattfinden konnten, im selben Ausmaß bereitgestellt werden können oder Assistenzleistungen an Schulen im gleichen Umfang stattfinden werden.

Der Hilfeschrei der KollegInnen lässt sich auch daran messen, wie viele von ihnen ihren Dienst quittieren bzw. sich frühzeitig in die Pension bzw. in den Ruhestand flüchten.

---

Corona hat Vieles zugedeckt, was nun immer mehr zum Vorschein gelangt. Nun werden plötzlich Zugeständnisse gemacht, eine grundlegende Änderung des Systems ist jedoch nicht erkennbar: Immer mehr KollegInnen fühlen sich überfordert unwohl und auch nicht mehr bereit, eine Schulleitung zu übernehmen. Ganz im Gegenteil. Selten haben so viele aktive SchulleiterInnen ihre Leitungsfunktion zurückgelegt bzw. sich so wenige LehrerInnen um eine Schulleitung beworben.

Obwohl sich sehr viele KollegInnen tagtäglich um das Wohl der Kinder in der Schule bemühen, kommt die Pädagogik und das, was Schule ausmachen sollte, viel zu kurz!

Zu lange lassen uns die verantwortlichen Personen auf die notwendigen Hilfestellungen und Veränderungen warten, um die Belastungen für PflichtschulleiterInnen zu verringern!

Aus diesem Grund fordert der Zentralausschuss für APS in Vorarlberg, unverzüglich die Einberufung eines Bildungsgipfels aller zuständigen Personen und die Einleitung von Maßnahmen, um dieser Entwicklung gegenzusteuern.

Insbesondere sind den **Schulen ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen seitens des Bundes** zur Verfügung zu stellen.

Die KollegInnen sind raschestens von oftmals auch in ihrer Sinnhaftigkeit zu hinterfragenden zusätzlichen administrativen Tätigkeiten zu entlasten!

Es ist nun höchste Zeit, die Pflichtschule aus der Sackgasse der Perspektivenlosigkeit auf den Weg der Möglichkeiten und Chancen zurückzuführen.

Nur so kann es gelingen, Vorarlberg als chancenreichstes Bundesland zu etablieren.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Zentralausschuss



Willi Witzemann, Vorsitzender